Klimaschutzbericht 2026: Alte Erkenntnisse, neue Chancen

Berlin, 11.11.2026: Die Bundesregierung hat den Entwurf zum Klimaschutzbericht 2026 verabschiedet. Er bestätigt: Deutschland ist zu langsam beim Klimaschutz. Gleichzeitig könnte der aktuelle Boom bei Wärmepumpen und E-Fahrzeugen die Emissionen bei Gebäuden und im Verkehr sinken lassen. Voraussetzung ist, dass die Bundesregierung ihre Erfolge bei den Förderprogrammen langfristig finanziert.

„Der Klimaschutzbericht 2026 bestätigt: Deutschland ist zu langsam beim Klimaschutz. Die Bürger:innen haben in den letzten Monaten deutlich gezeigt, dass sie bereit sind für mehr Tempo – und den Ausstieg aus den Fossilen. Die Förderungen für energieeffiziente Gebäude und E-Mobilität wurden überrannt. Jetzt ist es an der Bundesregierung, ihre Erfolge abzusichern. Zusätzliche Mittel und langfristige Förderzusagen wären ein klares Signal zum Schutz der Kaufkraft, gegen teure Energieimporte und für den Klimaschutz“, so Prof. Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin beim Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Wiederholte Zielverfehlung – neue Dynamik

Deutschland wird sein Klimaschutzziel nicht erreichen. Der heute verabschiedete Klimaschutzbericht 2026 zeigt das erneut. Die Bereiche Verkehr und Gebäude bremsen den Klimaschutz weiter aus. Dabei hat genau hier die Abkehr von fossilen Abhängigkeiten zuletzt deutlich an Fahrt gewonnen. Die Bundesförderung für effiziente Gebäude und die E-Auto-Förderung sind stark überzeichnet, bei den Neuzulassungsquoten von E-Fahrzeugen und der Installation von Wärmepumpen werden neue Rekorde verzeichnet.

Trotzdem bleiben Industrie und Bürger:innen weiter stark abhängig von fossilen Importen. EU-weit wurden 2026 schätzungsweise 100 Milliarden Euro mehr für fossile Importe gezahlt als im Vorjahr. Im Gebäudebestand wird jede zweite Heizung mit Gas betrieben. E-Fahrzeuge haben einen Anteil von 4,1 Prozent an der Pkw-Flotte. Damit Wärmepumpen, E-Fahrzeuge und auf Strom umgestellte Industrieprozesse ihre vollen Vorteile für den Wettbewerb und das Klima entfalten können, muss ihr Energiebedarf durch den Ausbau der Erneuerbaren gedeckt werden. Ein verstärkter Ausbau der Erneuerbaren und ein klares Bekenntnis zur Wärmepumpe würde nicht nur fossile Abhängigkeiten reduzieren, sondern könnte bis 2035 auch 270.000 neue Jobs entstehen lassen, so eine Studie der Bertelsmann Stiftung. In der Automobilbranche könnten mehr E-Fahrzeuge in Firmenflotten bis 2030 zusätzliche 134.000 Jobs schaffen.

Wachstumsmarkt Cleantech – nur mit Unterstützung

Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sind „keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille“, so der Bundeskanzler Friedrich Merz vor dem Rat für Nachhaltige Entwicklung. Weiter verwies er darauf, dass Umwelttechnologien „in den nächsten Jahren bis zu zwei Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes ausmachen“ könnten. Könnten, denn dafür braucht es Planungssicherheit in den betroffenen Branchen. Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass sich der Bundeskanzler in den letzten Tagen deutlich zum ETS I sowie dem Start des ETS II ab 2028 bekannt hat. Gleichzeitig hat die Bundesregierung zuletzt viel Energie darauf verwendet, das Aus für das Verbrenner-Aus auf europäischer Ebene voranzutreiben. Hierzulande haben EEG und Netzpaket massive Unsicherheit mit Blick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien erzeugt. Letztere sind die Basis für eine günstige und verlässliche Stromversorgung, die Bürger:innen und Industrie Planbarkeit und Preissicherheit bietet.

„Die Bürger:innen und die Wirtschaft sind bereit in Klimaschutz zu investieren. Strom für Wärme, Mobilität und Industrieprozesse zu nutzen, ist an vielen Stellen ein Effizienzgewinn. Bei vielen dieser Technologien ist die deutsche Industrie führend – Friedrich Merz hat das zuletzt betont. Jetzt den richtigen Rahmen zu stecken, die Erneuerbaren konsequent zu fördern und den Ausstieg aus den Fossilen zu unterstützen, zahlt auf die Wettbewerbsfähigkeit ein, schützt die Bürger:innen vor den Turbulenzen auf dem Weltmarkt und stärkt den Klimaschutz“, so Reuter abschließend.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Innovationen ein. Der Verband steht mit seinen Mitgliedern für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand und Familienunternehmen sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

https://www.bnw-bundesverband.de/